

Antrag zum Klimanotstand



Holger Barkhau
Fraktionsvorsitzender
Am Hasseltal 9
38173 Sickinge
05305 416881
h.barkhau@gruene-wf.de

Sickinge, 01.03.2020

Sehr geehrte Frau Landrätin Steinbrügge,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung in den Gremien des Kreistages:

Antrag zum Klimanotstand

Der Kreistag Wolfenbüttel

1. erklärt den Klimanotstand für den Landkreis Wolfenbüttel. Die Erklärung des Klimanotstandes ist Ausdruck für die Notwendigkeit der Eindämmung des Klimawandels und seiner gravierenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität. Der Klimanotstand ist die Konsequenz aus der Tatsache, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen global nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wie es auf der Pariser Klimakonferenz im Jahr 2015 von der Staatengemeinschaft beschlossen worden ist.
2. erkennt seine Verantwortung dafür an, den CO²-Abdruck des Landkreises zu verringern.
3. fordert die Landkreisverwaltung auf, die Auswirkungen aller einschlägigen Anträge auf das Klima und die Umwelt umfassend zu bewerten und sicherzustellen, dass sie alle vollständig auf das Ziel des Klimaschutzes abgestimmt sind und nicht zum Verlust der biologischen Vielfalt beitragen.

4. wird ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei Entscheidungen berücksichtigen und wenn möglich solche Lösungen bevorzugen, die sich positiv auf den Klimaschutz auswirken. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Beschlussvorlagen neben den finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse auch mögliche Klimaauswirkungen auszuweisen.
5. beauftragt die Verwaltung, das Forderungspapier von Fridays for Future Wolfenbüttel (vom 25.11.2019) auf seine Umsetzbarkeit auf der kommunalen Ebene zu prüfen.
6. beauftragt die Verwaltung, dem Rat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Das Jahresmittel der Lufttemperatur ist in Deutschland von 1881 bis 2018 statistisch gesichert bereits jetzt schon um 1,5 °C angestiegen. Dies besagt der aktuelle und zweite Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS). Er umfasst den Aktualisierungszeitraum von 2014 bis 2017 und liefert u.a. ein systematisches und umfassendes Gesamtbild vom Ausmaß der Folgen der Erderwärmung in Deutschland. Die genannten Jahre waren geprägt von langen Trockenperioden und zahlreichen Extremereignissen wie Stürmen und heftigen Starkregen. Die Folge der Erderwärmung hat einschneidende und weitreichende Folgen für Gesellschaft, Umwelt, Natur und Wirtschaft in Deutschland. Hitze, Dürren, Überschwemmungen, Starkregen und Stürme sowie verminderte Wasserverfügbarkeit verursachen Schäden und beeinträchtigen die Infrastrukturen sowie das Leben in den Städten (Quelle: Nr.: 64 newsletter@umweltbundesamt.de, Klimafolgen und Anpassung).

Um zukünftigen Generationen noch eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, ist ein sofortiges und zügiges Handeln bzw. Umsetzen von Klimaschutzmaßnahmen erforderlich. Aus diesem Grunde haben mittlerweile rund 100 Kommunen in Deutschland den Klimanotstand erklärt und auch das Europäische Parlament hat am 25.11.2019 eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Die Bedeutung des Klimaschutzes ist im Landkreis Wolfenbüttel in der Vergangenheit u. a. durch eine Reihe von Informationsveranstaltungen, Wettbewerben, Umweltmärkten und Maßnahmen zur Umweltbildung in Schulen an die Öffentlichkeit herangetragen worden. Ein Klimaschutz-Teilkonzept für die Liegenschaften des Landkreises Wolfenbüttel wurde ebenfalls bereits erstellt.

Durch das Ausrufen des Klimanotstands werden alle Klimaschutzmaßnahmen priorisiert mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen um 95% zu reduzieren und die Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050 gegenüber 1990 zu erreichen. Dabei ist der Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig als Leitlinie heranzuziehen.

Da das Anliegen der Fridays for Future-Bewegung ernst genommen wird, wird beantragt, das Forderungspapier der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden auf seine Umsetzbarkeit auf der kommunalen Ebene zu überprüfen (siehe beigegefügtes Forderungspapier) und in Grundsatzfragen gegenüber übergeordneten Behörden und Spitzenverbänden zu vertreten.

In Zukunft sollen alle politischen Entscheidungen und das gesamte Verwaltungshandeln bezüglich der Auswirkungen auf die Erderwärmung hinterfragt werden. Daher werden in künftigen Beschlussvorlagen neben den finanziellen Auswirkungen auch die Klimaauswirkungen betrachtet, indem bei jeder Beschlussvorlage das Auswahlfeld „Klimatische Auswirkungen“ abgefragt wird.

gez. Holger Barkhau
Fraktionsvorsitzender